

Initiativerklärung: Geldschöpfung in öffentliche Hand

Die Wurzel der jüngsten Finanzkrisen liegt im heutigen Geldsystem. Es erzeugt überschießend Kredit und fördert damit Spekulationsblasen ebenso wie Inflation und die maßlose Überschuldung vieler Beteiligter. Finanz- und Realwirtschaft können nur funktionieren auf der Grundlage einer stabilen und gerechten Geldordnung. Deshalb setzen wir uns ein für

- 1. die Wiederherstellung des staatlichen Vorrechts der Geldschöpfung**
- 2. die Beendigung jeglicher Bankengeldschöpfung**
- 3. die schuldenfreie Inumlaufbringung neuen Geldes durch öffentliche Ausgaben.**

Geld regiert die Welt – und wer regiert das Geld?

Alle benutzen Geld, aber die Funktionsweise des Geldsystems bleibt weithin so nebulös wie die Begriffe ‘fraktionales Reservesystem’ oder ‘multiple Geldschöpfung’. Dies liegt im Interesse der Banken. Sie haben die Geldschöpfung den staatlichen Zentralbanken aus der Hand genommen. Die Zentralbanken geben im wesentlichen nur das Bargeld in Umlauf, das lediglich 5–20 Prozent der Geldmenge ausmacht. Der Löwenanteil von 80–95 Prozent zirkuliert inzwischen bargeldlos und wird von den Banken in Umlauf gesetzt: per Kredit als Guthaben auf den Girokonten der Kunden.

Zuletzt diente ein Großteil der Geldschöpfung nurmehr bloßen Finanzgeschäften, die keinen Nutzen mehr für die Realwirtschaft, aber umso größeren Schaden für sie mit sich brachten. Börsen- und Konjunkturzyklen werden durch die verselbständigte Bankengeldschöpfung verantwortungslos in Extreme getrieben – manisch überschießend in Hochkonjunktur und Hausse, verstockt und depressiv in den nachfolgenden Überschuldungskrisen. Geraten die Banken dabei selbst in Schieflage, stehen die Guthaben der Kunden auf dem Spiel. Verbürgt sich der Staat für bedrohte Guthaben und Banken, werden damit die Verluste der Banken auf die Allgemeinheit abgewälzt, während die Profite privat angeeignet werden.

Die Banken sind keinen gesamtwirtschaftlichen, geschweige denn gesellschaftlichen Zielen verpflichtet. Ihnen die für die Allgemeinheit höchst folgenreiche Aufgabe der Geldschöpfung zu überlassen, ist ordnungspolitisch unvertretbar. In der modernen Gesellschaft ist die Geldordnung Teil der Rechtsordnung, tatsächlich eine Frage von Verfassungsrang.

Verstaatlichung des Geldes, nicht der Banken

Alles Geld soll ausschließlich von einer unabhängigen öffentlichen Stelle geschöpft werden. In der Europäischen Währungsunion fällt diese Rolle der Europäischen Zentralbank und ihren nationalen Mitgliedsbanken zu. Sie sollen endgültig zur Vierten Gewalt im Staat werden: zur **Monetative**, in Ergänzung der Legislative, Exekutive und Judikative. Die Zentralbank, ähnlich wie die Gerichte, muss unabhängig gestellt und nur dem Gesetz verpflichtet sein - unabhängig gegenüber Begehrlichkeiten von Regierung und Parlament, aber auch gegenüber Forderungen der Banken und anderer Geschäftsinteressen. In einer solchen Geldordnung können auch lokale Komplementärwährungen oder kooperative Verrechnungssysteme ihren Platz haben.

Die angestrebte Reform der Geldschöpfung ist einfach: Die Guthaben auf Girokonten werden zu gesetzlichen Zahlungsmitteln gleich Münzen und Banknoten erklärt. Nur noch das System staatlicher Zentralbanken – die Monetative – ist autorisiert, diese Zahlungsmittel zu schöpfen. Dadurch geschieht mit dem unbaren Geld heute das gleiche wie bis vor hundert Jahren mit den Banknoten. Damals wurden privat ausgegebene Banknoten durch staatliche Zentralbanknoten ersetzt. Heute geht es darum, das schuldenverhaftete, instabile und unsichere Giralgeld der Geschäftsbanken zu schuldenfrei geschöpftem staatlichem Vollgeld zu machen. Das heute nur teilverstaatlichte Geld (5–20% Münzen und Banknoten) wird so vollends verstaatlicht, nicht aber die Banken.

Regierung und Parlament hätten an die unabhängige staatliche Zentralbank keinerlei Ansprüche zu stellen. Jedoch soll das diskretionär neu geschöpfte Geld zinslos der Regierung überlassen werden,

die es durch öffentliche Ausgaben in Umlauf bringt. Zuletzt handelte es sich in der Europäischen Währungsunion um 200-350 Milliarden Euro jährlich, davon in Deutschland 60 Milliarden. Das waren 5,5 Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts. Dieser Geldmengenzuwachs war überschießend, aber auch weniger davon ist immer noch sehr viel Geld, das den öffentlichen Kassen entgeht.

Private und öffentliche Geschäftsbanken können an den Finanzmärkten im gesetzlichen Rahmen weiterhin frei agieren. Lediglich können sie kein Giralgeld mehr schöpfen, sondern nur mit dem Geld operieren, das sie selbst einnehmen oder am Geldmarkt oder von Kunden aufnehmen, und das sie somit bar in der Kasse oder unbar auf ihrem Zentralbankkonto haben.

Die Unterbindung der Bankengeldschöpfung kann auf einfache und reibungslose Weise erfolgen: Die bisherigen Girokonten der Kunden werden aus der Bankenbilanz herausgelöst und separat als Geldkonten in eigenem Recht geführt.

Ein Geldsystem im Interesse der Allgemeinheit

Eine solche Reform hätte fünf bedeutende Vorteile. Erstens wäre das Geld sicher, auch ohne Staatsgarantie, denn unbare Geldguthaben könnten bei Insolvenz nicht mehr verschwinden. Der allgemeine Zahlungsverkehr wäre auch in einer Bankenkrise nicht gefährdet. Politik und Öffentlichkeit wären durch Banken Krisen nicht mehr erpressbar.

Zweitens wären der Über- und Untersteuerung des Geldangebots durch die Banken Grenzen gesetzt. Für spekulative Exzesse auf Pump ginge den Märkten der allzu billig verfügbare Geldtreibstoff aus. Der Geldfluss würde sich verstetigen, Konjunktur- und Börsenzyklen würden moderater verlaufen.

Drittens, und im Gegensatz zur heutigen inflationären Geldschöpfung der Banken, hätte die Zentralbank die Geldmenge erstmals unter vollständiger Kontrolle. Sie kann Spekulationsblasen und Preisinflation wirkungsvoll vorbeugen, indem sie die Geldmenge in Übereinstimmung mit dem realwirtschaftlichen Entwicklungspotenzial steuert.

Viertens käme der Gewinn aus der Geldschöpfung - die Seigniorage - ungeschmälert dem öffentlichen Haushalt zugute, nicht länger den Banken als unverdienter Extragewinn. Ein inflationsneutraler Zuwachs der Geldmenge entspricht dem zu erwartenden Wachstum der Realwirtschaft. So entsprechen nach heutigen Maßstäben 1–2 Prozent Wirtschaftswachstum in Deutschland einem Geldmengenzuwachs und somit einer Seigniorage in Höhe von 25–50 Mrd Euro. Damit lassen sich 2,4–4,8 Prozent der öffentlichen Gesamtausgaben bestreiten.

Fünftens, und aktuell von besonderer Bedeutung, ergibt sich die buchstäblich einmalige Chance, die horrende Staatsverschuldung in wenigen Jahren um die Hälfte abzubauen – geräuschlos und ohne schmerzliche Einschnitte. Denn mit der Reform tritt an die Stelle des heutigen Giralgeldes der Banken das Vollgeld der Zentralbank (der Monetative). In einem Zeitraum von etwa drei bis fünf Jahren würde das Gros der alten Buchkredite getilgt und durch neues Geld ersetzt, das durch Zuweisung der Zentralbank an den Staatshaushalt in Umlauf kommt (der damit seine Schulden tilgen kann). Es handelte sich dabei in Deutschland Ende 2008 um eine Summe von 833 Mrd Euro. Dieser Bestand an Giralgeld entspricht der Hälfte der gesamten Staatsschuld in Höhe von 1.652 Mrd Euro zum gleichen Zeitpunkt.

Monetär weitermachen wie bisher ist inakzeptabel. Immer mehr Regulierung und Bürokratie ist ebenfalls kontraproduktiv. Was wir jetzt brauchen ist: Übergang vom Giralgeld zu Vollgeld und endgültige Etablierung der staatlichen Zentralbanken als unabhängige Monetative.

Eine auf Schweizer Verhältnisse angepasste Version ist in Arbeit.

Kontaktstelle für die Schweiz:
monetative@inwo.ch
www.inwo.ch
www.monetative.ch



www.INWO.ch

INITIATIVE
FÜR
NATÜRLICHE
WIRTSCHAFTSORDNUNG